

Das Wiesbadener Abkommen

Von Erwin Barth

In Wiesbaden sind am 6. und 7. Oktober durch die Wiederaufbauminister Deutschlands und Frankreichs, Dr. Rathenau und Loucheur, verschiedene Abkommen über Wiedergutmachungen und Rückerstattungen abgeschlossen worden. Das am 6. Oktober unterschriebene, das Hauptabkommen, ist das entscheidende. Die am folgenden Tage abgeschlossenen vier Nebenabkommen greifen weniger tief in das Wirtschaftsleben ein.

Das Hauptabkommen wird in den Blättern lebhaft besprochen, wobei die Kritik nicht immer ganz ehrlich und sachlich geblieben ist. Das Agitationsbedürfnis verschiedener rechtsgerichteter Blätter mußte durchaus befriedigt werden. In der Hauptsache handelt es sich darum, den französischen Wiederaufbau durch besondere deutsche Unterstützung zu forcieren. Frankreich hat ein großes Bedürfnis nach Bargeld; hohe Militärausgaben, Entschädigungen, Kriegspensionen, Schuldendienst fressen enorme Summen. Von den deutschen Goldleistungen an Frankreich auf Grund des Londoner Ultimatums bleibt für den Aufbau der zerstörten Gebiete kaum etwas übrig. Die Geschädigten verwenden auch das ihnen gezahlte Geld nur zum Teil zum Wiederaufbau; vielfach legen sie es anderweitig an. Das Trümmer- und Ruinenfeld bleibt als immer neuen Haß erzeugendes Demonstrationsobjekt liegen. Die Wunden schließen sich viel zu langsam. Wir haben tausendfaches Interesse daran, daß schnell aufgebaut wird und daß die deutsche Wirtschaft mit ihren disponiblen Produktionskräften daran teilnimmt. Sonst würde wohl der Wiederaufbau von der schwachen französischen Produktion nur allmählich und nach der psychologischen Verfassung der Franzosen in stärkerem Maße mit Hilfe nichtdeutscher Waren und Gegenstände erfolgen. Kurz gesagt: das Wiesbadener Abkommen ist eigentlich nichts anderes als ein Erlaß für den von uns angebotenen, aber an dem Widerstand der französischen Unternehmer und auch der Organisationen der Geschädigten gescheiterten Plan des direkten Aufbaus Nordfrankreichs durch deutsche Unternehmer und Arbeiter.

* * *

Das Hauptabkommen von Wiesbaden setzt fest, daß die Lieferungen, die Deutschland in Aufbaumaterialien zu machen hat, neben den Lieferungen des Reiches auf Grund des Friedensvertrags laufen und diese nicht berühren sollen. Es sind dies die Lieferungen aus Anlage III (Schiffe), Anlage V (Kohlen und Kohlenprodukte) und Anlage VI (Farbstoffe und chemisch-pharmazeutische Produkte), zum Teil VIII des Friedensvertrags. Sämtliche Lieferungen sollen auf beiden Seiten mit Hilfe privatrechtlicher Organisationen durchgeführt werden.

Das Reich selbst kann aus Gründen, die im Friedensvertrag liegen, nicht als Eigentümer und Lieferant der Waren auftreten. Die deutsche Lieferorganisation leistet nach dem Abkommen in den Jahren 1921 bis 1926, unter Umständen bis 1936 einen Warenkredit in Wiederaufbaumaterialien, der zusammen mit den Leistungen Deutschlands auf Grund der vorhin erwähnten Anlagen des Friedensvertrags bis zum 1. Mai 1926 7 Milliarden Goldmark nicht überschreiten darf. Die Kredite, die die Lieferorganisation gewährt,

werden vom Deutschen Reich in Papiermark gedeckt. Die Zahlungen, die die französischen Geschädigten und der Aufbauhilfe Bedürftigen (Sinistrés) für die ihnen gelieferten Waren zu leisten haben, werden vom französischen Staat übernommen, allmonatlich verrechnet und auf dem Wiedergutmachungskonto zum vereinbarten Teil gutgeschrieben.

Es handelt sich also nur um Wiederaufbaumaterialien, da Frankreich nicht zum Zwischenhändler des deutschen Exports gemacht werden soll. Aber auch das Wiederaufbaumaterial braucht von Deutschland nur insoweit geliefert zu werden, als dies mit der Produktionsmöglichkeit Deutschlands, den Bedingungen seiner Rohstoffversorgung und den inneren Bedürfnissen seines sozialen und wirtschaftlichen Lebens vereinbar ist.

Die Lieferungen sollen durch unmittelbare freie Vereinbarung der deutschen und französischen privatrechtlichen Organisation erfolgen. In diese Vereinbarung ist auch die Preisgestaltung einbegriffen. Wenn jedoch eine solche Vereinbarung nicht zustande kommt, so werden die von der französischen Organisation angeforderten Waren nach Banal- und Spezialmaterial unterschieden. Als Banalmaterial gelten Waren, die man als Rohstoffe, Halbfabrikate und Massenartikel bezeichnen kann; als Spezialmaterial solche Gegenstände, bei denen es dem Besteller auf den besonderen Charakter des Einzelstücks ankommt, wie industrielle Einrichtungen, Maschinen usw. Hinsichtlich des Banalmaterials entscheidet bei Nichtzustandekommen einer Vereinbarung eine Kommission, die sich aus einem Deutschen, einem Franzosen und einer dritten gemeinsam bestimmten oder vom Schweizer Bundespräsidenten ernannten Person zusammensetzt, e n d g ü l t i g über Lieferungsmöglichkeit und Preis, Transport-, Lieferungs- und Abnahmebedingungen. Die Preisfestsetzung durch die Kommission, die vierteljährlich ein Preisverzeichnis aufstellen soll, muß ungefähr dem normalen französischen Inlandspreis des betreffenden Erzeugnisses abzüglich der französischen Zollgefälle und der Transportkosten des betreffenden Bestellvierteljahrs entsprechen. Für Spezialartikel gilt in jedem Falle die f r e i e Preisvereinbarung. Wenn jedoch eine Verständigung nicht zustande kommt, so kann die französische Regierung auf die Restitutionslisten zurückgreifen und die Lieferung auf Grund des Friedensvertrags verlangen. Der Preis wird in diesen Fällen durch die Reparationskommission diktiert.

Das Kreditssystem des Wiesbadener Abkommens unterscheidet drei Zeitabschnitte. Der erste Zeitabschnitt läuft von Beginn des Liefertermins, der auf den 1. Oktober vorgesehen war, aber infolge der Verzögerungen erst unmittelbar nach Ratifikation des Abkommens eintreten konnte, bis zum 1. Mai 1926. In diesem Abschnitt sollen Lieferungen in der angegebenen Weise bis zum Höchstbetrug von 7 Milliarden Goldmark erfolgen. Im zweiten Abschnitt vom 1. Mai 1926 bis zum 1. Mai 1936 sollen die aufgelaufenen Kredite nach und nach abgetragen werden. Es können aber auch noch neue Kredite durch Lieferung entstehen. Schließlich soll im dritten Zeitabschnitt, der vom 1. Mai 1936 bis zum 1. Dezember 1937 laufen soll, der etwa noch vorhandene Rest der Kredite abgetragen werden.

Die Lieferungen im ersten Zeitabschnitt werden Deutschland nicht im vollen Werte, sondern nur mit 35 Prozent des Wertes gutgeschrieben. Die nebenherlaufenden Lieferungen des Reiches aus den Anlagen III, V und VI, zum Teil VIII des Friedensvertrags, die in den 7-Milliarden-Betrag miteinzu-

rechnen sind, werden jedoch voll gutgeschrieben. Wenn im Verlauf eines Jahres die Lieferungen weniger als eine Milliarde Goldmark betragen, so sollen in diesem Jahre 45 Prozent des Wertes der Lieferungen gutgeschrieben werden. Sind die Lieferungen in einem Jahre besonders hoch, so kann die Gutschrift vermindert und infolgedessen der Kreditbetrag erhöht werden. Mehr als 1 Milliarde Goldmark dürfen für Lieferungen in einem Jahre einschließlich der Lieferungen aus Anlage III, V und VI, zum Teil VIII des Friedensvertrags nicht gutgeschrieben werden. Der Betrag des in den einzelnen Jahren nicht gutgeschriebenen Wertes der Lieferungen wird von Frankreich jährlich mit 5 Prozent verzinst. Die kreditierten Restbeträge werden am 1. Mai 1926 zusammengerechnet und in zehn gleichen Jahresraten bis zum 1. Mai 1936 nebst Zinsen gutgeschrieben. Die Lieferungen ab 1. Mai 1926 werden grundsätzlich mit ihrem vollen Wert auf dem Reparationskonto gutgeschrieben; jedoch darf auch in dieser Zeit die jährliche Gutschrift 1 Milliarde Goldmark nicht überschreiten. Wird dann am 1. Mai 1936 festgestellt, daß Deutschland noch ein Guthaben hat, so ist der ganze Rest einschließlich 5 Prozent Zinsen und Zinseszinsen in vier unmittelbar folgenden Halbjahresraten abzutragen. Alle Gutschriftbestimmungen gelten mit der Maßgabe, daß keine Jahresgutschrift höher sein darf als der Anteil Frankreichs (52 Prozent) an den auf Grund des Londoner Zahlungsplans zur Verteilung unter die Alliierten gelangenden deutschen Annuitäten.

* * *

Wir wollen an einem Exempel die Wirkung dieses Abkommens anschaulich machen:

Wenn Deutschland in den viereinhalb Jahren für 7 Milliarden Goldmark Waren auf Grund des Wiesbadener Abkommens liefert, so entfallen bei ganz regelmäßiger Lieferung auf jedes Jahr rund 1,55 Milliarden Goldmark. Die Lieferungen nach Anlage III, V und VI, zum Teil VIII des Friedensvertrags, die nebenher weiterlaufen und zu vollen 100 Prozent angerechnet werden, sollen schätzungsweise etwa 400 Millionen Goldmark jährlich betragen. Es würden also für etwa 1,15 Milliarden Goldmark neue Lieferungen jährlich entstehen. Daran werden Deutschland auf Reparationskonto 35 Prozent gleich 402,5 Millionen Goldmark gutgeschrieben. Der Rest von 747,5 Millionen Goldmark stellt den jährlich von Deutschland an Frankreich gewährten Kredit dar, der mit 5 Prozent zu verzinsen ist.

Das Gesamtbild sieht also bei regelmäßiger voller Leistung so aus:

7000000000	Goldmark	Gesamtlieferung,
davon 1800000000	-	(Lieferung aus III, V u. VI) Gutschrift zu 100 Prozent,
ferner 1820000000	-	gleich 35 Prozent Gutschrift von der Neulieferung,
bleibt 3380000000	-	Goldkredit an Frankreich binnen $4\frac{1}{2}$ Jahren.

Natürlich sind das nur ungefähre Angaben, deren Richtigkeit vom Umfang der tatsächlichen Lieferungen und von der Richtigkeit der Schätzungsziffer von 1,8 Milliarden Goldmark abhängt.

Wenn, wie anzunehmen ist, die Lieferungen erheblich geringeren Umfang erreichen, so ändern sich natürlich die Zahlen, weil bei einer Lieferung, die den Wert von 1 Milliarde im Jahre nicht erreicht, 45 Prozent sofort auf Reparationskonto gutgeschrieben werden. Also zum Beispiel:

950 000 000 Goldmark	jährliche Gesamtlieferung,
davon 400 000 000	- (Lieferung aus III, V u. VI) Gutschrift zu 100 Prozent,
ferner 247 500 000	- gleich 45 Prozent Gutschrift von der Neulieferung,
bleibt 302 500 000	- jährlicher Goldkredit an Frankreich.

In diesem Falle würde mithin der erst später auf Wiedergutmachungskonto zu verrechnende Kredit erheblich geringer sein.

Wie wirkt nun das Wiesbadener Abkommen zusammen mit den Verpflichtungen aus dem Londoner Ultimatum? Deutschland hat nach diesem Ultimatum gegenwärtig jährlich eine Unnuität von 3,25 Milliarden Goldmark zu leisten. Unter der Annahme, daß diese Leistung gleich hoch bleiben wird und daß wir das Wiesbadener Abkommen voll erfüllen können, würden wir bis zum 1. Mai 1926 (die nächsten viereinhalb Jahre) zu leisten haben:

14 625 000 000 Goldmark	auf Grund des Ultimatus,
5 200 000 000	- nach dem neuen Abkommen.

Summe 19 825 000 000 Goldmark.

* * *

Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß mit dem neuen Abkommen uns zunächst große Mehrlasten finanzieller Natur erwachsen, die sich allerdings in den Jahren 1926 bis 1936 allmählich durch Minderleistungen ausgleichen. Wenn darum als Argument zugunsten des Abkommens gesagt wird, daß wir damit Erleichterungen in der Devisenbeschaffung und in der Bewertung der Mark auf dem internationalen Markt erreichen werden, so ist das recht schwach und löcherig. Der Gegenwert für die Sachlieferungen in Höhe von mindestens 5,2 Milliarden Goldmark muß den Lieferanten in deutscher Papierwährung bezahlt werden. Das bedingt eine stärkere Inflation. Ein erheblicher Teil dieser Leistungen würde für den Weltmarkt und damit zur Devisenbeschaffung frei werden. Wir haben also bis 1926 aus dem Wiesbadener Abkommen keine valutarische Besserung, sondern eine Verschlechterung zu erwarten. Das ist ein ernster Einwand gegen das Abkommen.

Dem stehen natürlich Vorteile gegenüber. In Wiesbaden sind vier Nebenabkommen zwischen Rathenau und Loucheur abgeschlossen worden, die die ewig schwebende Gefahr der zahllosen Forderungen aus den französischen Listen über die Rückerstattungen aus Deutschland beenden. An Stelle all dieser Forderungen hat Deutschland nunmehr endgültig 120 000 Tonnen Industriematerial (einschließlich der Lieferungen seit 1. Mai 1920), 10 700 Eisenbahnwagen, 75 000 Pferde, 25 000 Rinder, 25 000 Schafe, 40 000 Bienenvölker und 158 Millionen Goldmark als Ablösung zu leisten. Ferner wird durch diese Lieferungen eine größere Stabilität in der deutschen Produktion, eine bessere Beschäftigung eintreten. Wir gewinnen auch mit diesen Lieferungen künftige Absatzaussichten in den französischen Gebieten, die wir jetzt beliefern sollen (spätere Ersatzlieferungen). Wir haben ferner damit einen neuen starken Beweis für die Welt geliefert, daß wir die Kriegswunden schnellstens heilen wollen.

Es ist natürlich sehr schwer, die Vorteile und Nachteile gegeneinander objektiv abzuwägen. Erst die künftig erscheinenden Tatsachen können ein abschließendes Urteil ermöglichen. Mir scheint aber, als wenn wir, dem Gedanken der Kontinentalpolitik folgend, Frankreich gegenüber zu einer großmütigen Geste ausgeholt haben, die einem wohlhabenden Staate besser an-
 —————